

11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

30. März 1955

282/J

A n f r a g e

der Abg. H o r n , S i n g e r, Ferdinanda F l o s s m a n n,
W i d m a y e r und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen,
betreffend Gebührenpflicht von Haftungserklärungen bei Wohnbauförderungs-
darlehen.

-.-.-.-

Das Amt der Niederösterreichischen Landesregierung vergibt Baudar-
lehen an private Bauwerber. Solche Darlehen werden jedoch nach den all-
gemeinen Richtlinien der Landesregierung nur an Bauwerber gegeben, die
einen Eigengrund besitzen. Wenn der Eigengrund fehlt, können solche Dar-
lehen nur gegeben werden, wenn die Wohnsitzgemeinde des Bewerbers die Haf-
tung als Bürge und Zahler so lange übernimmt, bis das Darlehen auf der Bau-
parzelle grundbücherlich einverleibt ist. Diese Haftungserklärung muß
vom Gemeinderat beschlossen und von der Niederösterreichischen Landes-
regierung genehmigt werden.

Die Finanzbehörden heben nun für diese Haftungserklärungen gemäß
§ 33 des Gebührengesetzes eine Gebühr in der Höhe von 1 Prozent des Nomi-
nales der Verbindlichkeit ein. Diese Gebühr belastet die Siedler, erhöht
damit die Baukosten und erwirkt so das gerade Gegenteil des Zweckes der
Wohnbauförderungsmaßnahmen.

Die anfragenden Abgeordneten sind der Meinung, daß eine derartige
Beeinträchtigung der Siedlungsmaßnahmen nicht im Sinne der Wohnbauförderung
liegt. Sie stellen daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die
nachstehende

A n f r a g e:

Ist der Herr Bundesminister bereit, dem Hohen Haus ehestens einen
Vorschlag zur Novellierung des Gebührengesetzes in der Richtung zu unter-
breiten, daß die Haftungserklärung der Gemeinden für die Erlangung von Wohn-
baudarlehen aus öffentlichen Kassen nicht gebührenpflichtig sind?

-.-.-.-